

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Helga Daub,
Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/1357 –**

Wehrpflicht aussetzen

A. Problem

Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht länger erforderlich und auf Grund fehlender Dienstgerechtigkeit gesellschaftspolitisch inakzeptabel.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/1357 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2004

Der Verteidigungsausschuss

Reinhold Robbe
Vorsitzender

Dr. Hans-Peter Bartels
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Hans-Peter Bartels und Christian Schmidt (Fürth)

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 15/1357 wurde in der 66. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2003 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/1357 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, unverzüglich den Beschluss zur Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht zu fassen, um so einen reibungslosen Übergang in einem zeitlich akzeptablen Rahmen von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee gestalten zu können.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 35. Sitzung am 24. März 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in der 30. Sitzung am 24. März 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 45. Sitzung am 31. März 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 33. Sitzung am 24. März 2004 den Antrag auf Drucksache 15/1357 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

Seitens der **Fraktion der SPD** wurde darauf hingewiesen, dass man keinen Grund für eine neue Debatte sehe, da es derzeit keine neuen Argumente gäbe, die gegen die Wehrpflicht sprächen. Die allgemeine Wehrpflicht sei eindeutig die bessere Wehrform.

Die **Fraktion der CDU/CSU** sprach sich ebenfalls für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht aus, da diese unter sicherheitspolitischem Aspekt nach wie vor begründet und politisch notwendig sei. Dennoch sei eine intensive Diskussion über dieses Thema notwendig.

Seitens der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde erneut darauf verwiesen, dass der Fortbestand der Wehrpflicht, wie in der Koalitionsvereinbarung festgehalten wurde, vor Ende der laufenden Wahlperiode entschieden werden müsse. Unbestritten sei, dass sicherheitspolitisch die Wehrpflicht von großem Nutzen sei, wenngleich die reale Wehrpflicht bereits deutlich reduziert worden sei.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, dass durch die veränderte sicherheitspolitische Lage und aufgrund der veränderten Einberufungskriterien keine Wehrgerechtigkeit mehr gegeben sei und damit die allgemeine Wehrpflicht auf dem Prüfstand stehen müsse. Die Debatte über eine Aussetzung der Wehrpflicht gehöre unbedingt zu einer umfassenden Bundeswehrdiskussion.

Berlin, den 27. April 2004

Dr. Hans-Peter Bartels
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

